

KPE Wo die Zukunft zuhause ist – für eine nachhaltige Politik in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.05.2021
Tagesordnungspunkt: 7. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

222 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns
223 die Herausforderungen ganz handfest, hier werden Probleme gelöst. Das trifft auf
224 die alltäglichen Aufgaben ebenso zu wie auf die großen Herausforderungen unserer
225 Zeit: Als 2015/2016 eine große Zahl Schutzsuchender zu uns kam, haben die
226 Kommunen für ihre Unterbringung gesorgt und Integrationsangebote organisiert. In
227 der Corona-Krise sind es die Kommunen, die vielfach über Öffnungen und
228 Schließungen entscheiden, Kontakte nachverfolgen, soziale Spannungen abfedern
229 und Impfzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der Zukunft kommt
230 es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird der
231 öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der knappe öffentliche Raum in unseren
232 Städten zugunsten des Rad- und Fußverkehrs und der Aufenthaltsqualität neu
233 aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere
234 klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren
235 Wohnraum? Gelingt es, durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere
236 Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium endlich für Chancengerechtigkeit
237 zu sorgen? Bleiben oder werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von
238 Digitalisierung und Online-Handel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität?
239 Bei der Kommunalwahl am 12. September 2021 geht es um Antworten auf diese und
240 weitere wichtige Zukunftsfragen.

241 Unsere Kommunen brauchen starke GRÜNE Fraktionen, die mit Engagement, Mut und
242 Kreativität für eine ökologische, sozial gerechte und weltoffene Politik in
243 unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden eintreten. Uns leitet seit unserer
244 Gründung der Gedanke „Global denken – lokal handeln“. In diesem Sinne wollen wir
245 die großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und damit
246 insbesondere unsere Kommunen stehen, angehen: Die Klimakrise, die
247 Digitalisierung und der demografische Wandel bergen allesamt die Gefahr, die
248 soziale Spaltung in unserem Land weiter zu vertiefen. Dem können wir nur
249 entgegenwirken, wenn wir die erforderliche sozial-ökologische Transformation in
250 unseren Kommunen aktiv gestalten. Unsere Kommunalpolitik orientiert sich dabei
251 an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN (Sustainable Development
252 Goals/SDGs). Es braucht aktive Politik vor Ort, um diese globalen Ziele bis 2030
253 zu verwirklichen.

254 Wir setzen uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe ermöglicht,
255 die Armut bekämpft und dafür sorgt, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Wir stehen für
256 den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen, für
257 saubere Luft, naturnahe Gewässer, unbelastete Böden und die Vielfalt unserer
258 Tier- und Pflanzenwelt. Wir werden die Energiewende in den Kommunen gemeinsam
259 mit den Bürger*innen umsetzen. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen,
260 die schon länger hier leben, mit denen, die neu zugewandert sind. Und wir stehen
261 für eine Stärkung der Kommunen und für einen transparenten und sorgfältigen

262 Umgang mit den kommunalen Haushaltsmitteln, weil wir nur so die erforderlichen
263 Spielräume gewinnen und die anstehenden Zukunftsaufgaben bewältigen können.

264 Für handlungsfähige Kommunen

265 Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass der jahrelang
266 postulierte schlanke Staat längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der kaum
267 mehr in der Lage ist, seine zentralen Aufgaben zum Wohle der Bürger*innen zu
268 erfüllen: Die kaputt gesparten Gesundheitsämter waren trotz herausragenden
269 Engagements der Mitarbeiter*innen nicht annähernd in der Lage, die ihnen
270 zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen kommunalen
271 Verwaltungen bisher weitgehend spurlos vorbeigegangen und das digitale Lernen
272 war nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den Schulen an der
273 erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Um ihre Aufgaben zu bewältigen
274 und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Kommunen
275 entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht annähernd der
276 Fall: Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in vielen
277 Gemeindestraßen in nichts nach. Die Investitionsquote ist auch seit dem Jahr
278 2000 weiter gesunken. Die anhaltende Misere der kommunalen Haushalte hat im
279 Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen werden finanzielle Lasten und Aufgaben
280 einseitig auf die Kommunen abgewälzt. Zum anderen verweigert die Steuerpolitik
281 des Bundes den Kommunen die erforderliche Finanzausstattung, um ihre Aufgaben zu
282 bewältigen. Auch die Verteilung der Lasten zwischen den Kommunen ist nicht fair
283 genug geregelt. Wir fordern neben einer Verbreiterung der derzeit besonders
284 volatilen Gewerbesteuer eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und einen
285 höheren Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern.

286 Wir wollen die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer umbauen, die
287 von allen zu zahlen ist, die Gewinne aus selbstständiger und freiberuflicher
288 Tätigkeit erwirtschaften. Dadurch wird diese Steuer nicht nur gerechter, sondern
289 stetiger und damit für die Kommunen leichter kalkulierbar. Kommunen müssen
290 dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben aus eigener Kraft
291 bewältigen zu können und sie brauchen ausreichende Spielräume für
292 Zukunftsinvestitionen.

293 Die Corona-Krise reißt zusätzliche Löcher in die kommunalen Haushalte, vor allem
294 weil Einnahmen aus der Gewerbesteuer wegbrechen und die Zuschussbedarfe zum
295 Beispiel für den öffentlichen Nahverkehr oder für kommunale Kultureinrichtungen
296 deutlich steigen. Auch wenn wir die akute Krise überwunden haben, werden die
297 Haushaltsdefizite noch länger nachwirken. Sich jetzt auf Sparzwänge zu fixieren,
298 würde die Probleme nur vergrößern. Denn der Investitionsbedarf unserer Städte
299 und Gemeinden in eine gute öffentliche Infrastruktur, eine funktionierende
300 Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist riesig. Statt Werte verkommen zu
301 lassen, brauchen die Kommunen die finanzielle Möglichkeit, Werte zu erhalten
302 oder neue zu schaffen. Auch die Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben zur
303 Deckung von Finanzierungslücken sehen wir kritisch. Denn im Gegensatz zu den vom
304 Bund festgesetzten Gemeinschaftssteuern wie die Einkommenssteuer, die
305 Körperschaftssteuer und die Umsatzsteuer haben kommunale Steuern und Abgaben
306 keine oder nur eine geringe soziale Staffelung. Somit würden vor allem die
307 Menschen belastet, die aufgrund von Jobverlust oder Kurzarbeit bereits von der
308 Corona-Pandemie am stärksten betroffen waren. Neben einer gerechten Verteilung
309 von finanziellen Lasten und Steueraufkommen müssen Bund und Land die Kommunen

310 deshalb gerade jetzt mit einem kommunalen Schutzschirm für Zukunftsinvestitionen
311 unterstützen.

312 Für klimafreundliche Kommunen

313 Die Folgen der Klimakrise treffen uns vor Ort: Trockenheit, sterbende Bäume,
314 heiße Sommer aber auch Starkregeneignisse und Überschwemmungen sind Folgen,
315 die wir schon jetzt massiv spüren und denen wir in den Kommunen mit
316 entsprechenden Anpassungsmaßnahmen begegnen müssen. Deshalb wollen wir eine
317 Klimaverträglichkeitsprüfung für alle kommunalen Planungen, Maßnahmen und
318 Programme etablieren: Wie wirken sich die geplanten Maßnahmen auf das Stadtklima
319 aus? Welchen Beitrag leisten sie, damit unsere Stadt/unsere Gemeinde für
320 Extremwetterereignisse besser gerüstet ist? Wie halten die Maßnahmen
321 Wetterextremen stand? Und vor allem: Leistet die geplante Maßnahme einen Beitrag
322 zur Reduktion klimaschädlicher Gase, ist sie klimaneutral oder verschärft sie
323 die Klimaerwärmung? Diese Fragen müssen bei jeder kommunalen Planung
324 systematisch beachtet werden, Maßnahmen, die die Klimabilanz verschlechtern,
325 sind zu unterlassen! Die Niederschlagsprognosen und der in den vergangenen
326 Jahren gestiegene Wasserbedarf in den Sommermonaten – nicht zuletzt aufgrund
327 zunehmender Bewässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen – erfordern auch einen
328 sensibleren Umgang mit unserem kostbarsten Lebensmittel. Wir werden die
329 kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzen, Wasser in der Fläche zu halten. Dazu
330 zählen die naturnahe Umgestaltung von Niederungsbereichen zum Beispiel durch
331 Kompensationsmaßnahmen, die grundsätzliche Versickerung von Oberflächenwasser im
332 Siedlungsbereich und eine Begrenzung von Wasserentnahmen auf die
333 Wassernachlieferung.

334 Bündnis 90/Die GRÜNEN sind die politische Kraft, die für konsequenten
335 Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik steht. Klimaschutz ist eine
336 globale Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam lösen können. Auf
337 kommunaler Ebene treten wir dafür ein, die unter Beachtung des Natur- und
338 Artenschutzes für die Windenergienutzung geeigneten Flächen konsequent für
339 diesen Zweck zu nutzen. Außerdem wollen wir primär die bereits versiegelten
340 Flächen konsequent für Photovoltaik-Anlagen nutzen – etwa auf Dächern und
341 Parkplätzen. Im Bund und im Land treten wir dafür ein, bei Neubauvorhaben und
342 für geeignete Bestandsgebäude die Installation einer Solaranlage verbindlich
343 festzuschreiben. Gemeinsam mit den kommunalen Energieversorgern wollen wir
344 Contractingmodelle für jene Privatleute und Unternehmen entwickeln, die nicht
345 selbst in eine Solaranlage auf ihrem Dach investieren können oder wollen. Bei
346 Neubauvorhaben streben wir grundsätzlich einen Plus-Energie-Standard und den
347 Verzicht auf fossile Brennstoffe an – entweder über städtebauliche Verträge oder
348 bei der Veräußerung von Baugrundstücken. Um den Klimaschutz in den Kommunen
349 voranzutreiben, bedarf es auch entsprechender Kapazitäten in der öffentlichen
350 Verwaltung. Deshalb begrüßen wir, dass viele niedersächsische Städte und
351 Gemeinden bereits Klimaschutzmanager*innen in ihrer Verwaltung beschäftigen und
352 treten dafür ein, diese Aufgabe flächendeckend in der kommunalen Verwaltung zu
353 etablieren.

354 Für menschengerechte Kommunen

355 Es ist eine der größten Herausforderungen, den Wandel von der autogerechten zur
356 menschen- und umweltgerechten Mobilität zu vollziehen – auch um unsere
357 Klimaziele zu erreichen. Damit sich unsere Städte und Gemeinden von Stau, Lärm

358 und dreckiger Luft befreien können, müssen die Alternativen zum Auto gestärkt
359 werden: Rad- und Fußverkehr müssen sicherer gemacht und der öffentliche
360 Nahverkehr beschleunigt werden. Im ländlichen Raum wollen wir attraktive
361 Busverbindungen durch nachfrageorientierte Angebote wie Anruf-Sammel-Mobile,
362 Anruf-Linienbusse, Bürger*innenbusse und Mitfahrzentralen ergänzen. Für alle
363 öffentlichen Nahverkehrsmittel streben wir eine einheitliche, preisgünstige
364 Tarifstruktur an: Ob eine Strecke ganz oder teilweise mit dem Bus oder mit der
365 Bahn zurückgelegt wird, soll auf den Fahrpreis keinen Einfluss haben. Wir stehen
366 für gut ausgebaute Radwege: Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit
367 mehr als Tempo 30 unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg
368 oder einen ausgewiesenen, ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren –
369 nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten
370 Individualverkehr. Um aus dem Umland schnell und sicher mit dem Rad in die Stadt
371 zu kommen, wollen wir Radschnellwege bauen.

372 Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch
373 weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen,
374 wollen wir die Carsharing-Angebote und Kombi-Angebote mit dem öffentlichen
375 Nahverkehr ausbauen – nicht mehr der Besitz eines Autos, sondern die Möglichkeit
376 zu dessen Nutzung im Verbund mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad
377 liegt im Trend. Dazu gehört auch, Carsharing-Parkplätze im öffentlichen
378 Straßenraum einzurichten. Für den Ausbau der Elektromobilität im Straßenverkehr
379 setzen wir uns für einen zügigen Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur ein.
380 Die kommunalen Energieversorger spielen hier eine zentrale Rolle.

381 Für naturnahe Kommunen

382 Das von uns GRÜNEN gemeinsam mit über 200 Verbänden und Vereinen organisierte
383 Volksbegehren „ArtenvielfaltJetzt!“ hat gezeigt: Die Bürger*innen haben längst
384 erkannt, dass das Artensterben neben der Klimakrise eine der zentralen
385 Herausforderungen der Zukunft ist. Dieser müssen wir endlich wirksam begegnen.
386 Aufgrund des massiven Drucks der Niedersächs*innen ist es gelungen, die
387 Landesregierung und die Verbände der Landwirtschaft dazu zu bewegen, die
388 zentralen Forderungen unseres Volksbegehrens vorzeitig zu übernehmen und in
389 Gesetze, Verordnungen und Förderprogramme zu gießen. Die Umsetzung der Maßnahmen
390 ist überwiegend Aufgabe der Naturschutzverwaltungen der Landkreise und
391 kreisfreien Städte. Wir werden vor Ort dafür sorgen, dass dies auch zügig und
392 vollständig geschieht. In den Städten und Gemeinden setzen wir uns dafür ein, im
393 Sinne des Niedersächsischen Weges zu agieren: Indem wir dafür eintreten, dass
394 landwirtschaftliche Nutzflächen im kommunalen Eigentum künftig ökologisch
395 bewirtschaftet werden, die Wegerandstreifen im kommunalen Eigentum als
396 ungenutzte Säume oder zusätzliche Heckenstrukturen die Landschaft beleben und
397 die bereits vorhandenen Hecken, Alleen, Baumreihen und Gehölzinseln als
398 geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen werden und wichtige
399 Verbundstrukturen im landesweiten Biotopverbund bilden können. Auch die
400 kommunalen Waldflächen wollen wir so naturnah wie möglich nutzen und geeignete
401 Teile des kommunalen Waldes vollständig aus der Nutzung nehmen und der Natur
402 überlassen. Dem eklatanten Flächenfraß wollen wir Einhalt begegnen. Nach wie vor
403 werden in Niedersachsen täglich rund sieben Hektar Fläche zugebaut. Für uns hat
404 es klar Vorrang, innerörtlich die Bebauung zu verdichten und Bauflächen
405 umzunutzen, anstatt neue Wohnbau- und Gewerbeflächen auf der „Grünen Wiese“
406 auszuweisen. Die kommunalen Grünflächen wollen wir so naturnah und so extensiv

407 bewirtschaften, wie es mit ihrer Funktion vereinbar ist. Der Einsatz von
408 Pestiziden auf diesen Flächen ist für uns tabu.

409 Für bezahlbares Wohnen in lebenswerten Kommunen

410 In vielen Teilen unseres Landes – längst nicht nur in den Großstädten – ist
411 Wohnen für viele Menschen inzwischen fast unbezahlbar geworden. Seit dem Jahr
412 2000 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert und diese Entwicklung
413 wird sich fortsetzen: Landesweit fallen in den kommenden Jahren weitere etwa
414 90.000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Rund 40 Prozent des Einkommens für die
415 Wohnung aufwenden zu müssen, ist leider keine Seltenheit mehr. Wohnen ist ein
416 Menschenrecht, deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Um
417 der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum nachzukommen und gleichzeitig
418 sparsam mit Freiflächen umzugehen, hat für uns die Innenentwicklung absoluten
419 Vorrang. Das bedeutet, dass wir dichter und höher bauen müssen. Um
420 Lebensqualität zu schaffen und Begegnung und Kommunikation zu ermöglichen, muss
421 der öffentliche Raum entsprechend gestaltet sein. Um die Baulandpreise möglichst
422 bezahlbar zu halten, treten wir für eine aktive kommunale Bodenpolitik ein, mit
423 der Immobilienspekulation Einhalt geboten werden kann. Um mehr bezahlbaren
424 Wohnraum zu schaffen, sollen kommunale Bauflächen für den Mietwohnungsbau nicht
425 mehr nach dem Preis, sondern im Rahmen einer Konzeptvergabe nach den geringsten
426 garantierten Mieten vergeben werden. Mindestens 30 Prozent der Wohnflächen in
427 neuen Wohnquartieren müssen durch entsprechende kommunale Festsetzungen als
428 bezahlbarer Wohnraum realisiert werden. Um Spekulationen entgegenzuwirken,
429 setzen wir auch auf Bauverpflichtungen. Unsere landesweite Forderung, eine
430 Landeswohnungsbaugesellschaft zu schaffen, flankieren wir, indem wir kommunale
431 Wohnungsgesellschaften stärken – und wo nötig, neu aufbauen.

432 Für Bildungskommunen

433 Bildungschancen sind in Deutschland stärker als in den meisten Staaten der OECD
434 von der Herkunft und dem sozialen Status der Eltern abhängig. Dabei ist Bildung
435 die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts-
436 und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, dass
437 ihm alle Bildungschancen offenstehen. Bildungspolitik ist in erster Linie
438 Ländersache, die Kommunen stehen jedoch als Schulträger ebenfalls in der
439 Verantwortung: für die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen, für
440 ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische
441 Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Dem wollen wir im Land
442 und in den Kommunen im Sinne unserer Kinder gerecht werden. Krippen, Kitas und
443 Schulen müssen die schönsten Orte in unseren Gemeinden und Städten sein. Schon
444 durch die räumlichen Gegebenheiten und die Ausstattung laden sie ein zum
445 Bleiben, Spielen, Begegnen, Entdecken und zum Lernen. Pädagogische Anforderungen
446 sind wichtiger als formale Anforderungen an Räumlichkeiten und Ausstattung. Die
447 Corona-Krise hat überdeutlich gezeigt, wie wichtig eine moderne IT-Ausstattung
448 unserer Schulen ist und wie weit unsere Schulen den modernen Anforderungen
449 hinterherhinken. Deshalb setzen wir uns für eine zeitgemäße IT-Ausstattung an
450 allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ein: Dazu gehört ein
451 leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, deren moderne
452 Ausstattung und ein hochwertiger technischer Support. Internationale
453 Bildungsstudien liefern schon lange den Nachweis, dass längeres gemeinsames
454 Lernen allen Schülerinnen und Schülern nutzt – den Leistungsschwächeren genauso
455 wie den Leistungsstärkeren. Wir treten daher in den Kommunen dafür ein, dass

456 jede*r Schüler*in die Möglichkeit hat, in zumutbarer Entfernung eine integrierte
457 Gesamtschule zu besuchen. Zu längerem gemeinsamen Lernen gehört für uns auch ein
458 gebundener Ganztagsunterricht mit einem gesunden Mittagessen – vorwiegend aus
459 ökologischer Erzeugung – für alle Schülerinnen und Schüler. Wir setzen uns für
460 den zügigen bedarfsgerechten Ausbau hochwertiger Kita- und Krippenplätze mit
461 guter Personalausstattung ein.

462 Für soziale Kommunen

463 Eine Gesellschaft kann es sich nicht leisten, sich den Sozialstaat nicht zu
464 leisten. Er garantiert den inneren Frieden. In kaum einem anderen europäischen
465 Land herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und
466 Chancen wie in Deutschland und diese Ungleichheit nimmt zu. Eine solche
467 Gesellschaft kann jedoch ihre Potenziale nicht nutzen und verliert den Kitt, der
468 sie zusammenhält. Es genügt nicht, nur Teilhabe und Bildungschancen gleich zu
469 verteilen, ebenso wenig wie es genügt, die staatlichen Transfers zu erhöhen. Wir
470 setzen daher auf einen Dreiklang aus guten Bildungschancen für alle, eine
471 gerechte Entlohnung der Arbeit und eine gerechte Verteilung des Vermögens. Wir
472 treten für gute Schulen, Begleitung und Betreuung in prekären Lebenslagen,
473 bezahlbaren Wohnraum und eine kommunale Daseinsvorsorge mit umfassenden
474 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen ein. Eine
475 Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, braucht gute öffentliche Einrichtungen
476 – in der Präventionsarbeit, in der Kinder- und Jugendarbeit und in den sozialen
477 Diensten. Unser Ziel ist es, ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot für
478 alle Menschen zu schaffen. Eine attraktive Gestaltung dieses Bereiches ist ein
479 wichtiger Standortfaktor. Die zahlreichen Vereine und vielfältigen Einrichtungen
480 sorgen für Zusammenhalt und ein gesellschaftliches Miteinander. Dafür stehen wir
481 in den Räten und Kreistagen.

482 Für lebendige Innenstädte

483 Unsere Innenstädte und Ortskerne sind bedeutende Orte des Wirtschaftens und des
484 gesellschaftlichen Lebens. Der Handel hatte hier in den letzten Jahrzehnten eine
485 Leitfunktion, die er aber schon vor der Corona-Krise aufgrund eines sich
486 ändernden Einkaufsverhaltens immer weniger ausfüllen konnte. Es ist zu erwarten,
487 dass die Corona-Krise auch in diesem Bereich als Beschleuniger wirkt. Jegliche
488 Versuche, das (noch) Bestehende lediglich zu konservieren, werden deshalb
489 scheitern. Wir wollen unsere Innenstädte und Stadtteilzentren als lebendige Orte
490 erhalten. Dafür ist eine auf die einzelnen Kommunen maßgeschneiderte
491 Transformationsstrategie erforderlich. Schwerpunkt dieses Wandels muss neben
492 innovativen Handelsnutzungen ein breiteres Nutzungsportfolio sein: Dazu gehören
493 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, die Gastronomie, Einrichtungen für Freizeit
494 und Gesundheit, Co-Working-Spaces, Handwerk, urbanes Kleingewerbe, Möglichkeiten
495 der Freizeitgestaltung und mehr Grünflächen, die zum Verweilen einladen. Auch
496 das Wohnen gehört wieder stärker in unsere Innenstädte und ist Bestandteil der
497 Transformation. Um die notwendigen Transformationsprozesse in enger Abstimmung
498 mit den Bürgerinnen und Bürgern voranzutreiben wollen wir alle Akteur*innen
499 unter kommunaler Federführung einbeziehen: Die Vertreter*innen des
500 Einzelhandels, Immobilieneigentümer*innen, Kulturschaffende,
501 Religionsgemeinschaften sowie die gesamte Stadtgesellschaft. In den größeren
502 Städten streben wir ein Zentrumsmanagement an. Das hat die Aufgabe, die
503 Akteur*innen zusammenzubringen, Konzepte zu erarbeiten und die dafür
504 erforderlichen Fördermittel des Bundes und des Landes einzuwerben.

505 Für vielfältige kommunale Beteiligung

506 Kommunalpolitik ist auch deshalb das Fundament unserer Demokratie, weil über
507 unsere Lebensqualität vielfach vor Ort entschieden wird. Wir wollen das in Stadt
508 und Land gemeinsam mit den Bürger*innen tun. Dabei setzen wir auf vielfältige
509 Beteiligung innerhalb und außerhalb von Parteipolitik – von mehr Frauen, mehr
510 jungen und älteren Menschen, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, mehr
511 Menschen ohne akademischen Hintergrund. Wir wollen die Beteiligung von Kindern
512 und Jugendlichen ebenso stärken wie die kulturelle und soziale Teilhabe und
513 Selbstbestimmung im Alter. Wir stehen für vielfältige und weltoffene Städte und
514 Gemeinden mit einer starken Zivilgesellschaft.

515 Nur mit starken und handlungsfähigen Kommunen werden wir die großen Aufgaben der
516 sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft bewältigen können. Nur
517 mit starken Kommunen können wir Lebensqualität und Gerechtigkeit nachhaltig
518 steigern und die Klima- und Biodiversitätskrise bewältigen. Dafür treten wir auf
519 allen politischen Ebenen ein.